

Die „Welt“ erscheint morgens und nachmittags, Sonntags und Montags von einem. Der Bezugspreis beträgt bei hiesiger Zustellung ins Haus für Deutschland 10,- M., im Voraus zahlbar, von der Expedition selbst abgeholt 8,50 M. Für Wohnbezugs nehmen (Zusteller) Postkonten-Bestellungen entgegen. Unter Schriftband bezogen für Deutschland und Österreich 16,50 M., für das übrige Ausland 21,50 M., einschließlich Salva-Kaufschlag, der Preis für Deutschland und Österreich 20,- M. Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin E 2, Breite Straße 55-57.

Die achtspaltige Anzeigenzeile über deren Raum kostet 6,- M. einschließlich Kreuzungsschlag. Kleinanzeigen: Das festgedruckte Wort 2,- M., jedes weitere Wort 1,50 M. einschließlich Kreuzungsschlag. Laufende Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Angebote 3,20 M. netto pro Zeile. Stellen-Angebote in Wort-Anzeigen: das festgedruckte Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1,- M. Fernsprecher: Zentrum Nr. 15230-15239

# Die Welt

## Berliner Organ

### der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

## Der Monarchistenputsch in Ungarn

### Militärischer Vormarsch nach Budapest

Drahtmeldung unseres Korrespondenten

Wien, 31. März.

Zu erfahre zur Vorgeschichte des Monarchistenputsches aus Paris, daß dort unter dem Vorsitz des royalistischen Generals François d'Espéran ein Klub besteht, dem Hoch nicht fernsteht. Dieser Kreis stand in ständiger Verbindung mit Prangins (dem schweizerischen Exil des Kaisers Karl) und ermutigte Karl zur Fahrt nach Ungarn. Es wurde ihm zugesichert, daß die Entente-Großmächte nur formell protestieren, aber keine Aktion vornehmen würden, und daß auch die kleine Entente keine bewaffnete Aktion gegen die Rückkehr der Habsburger vornehmen werde.

Dieser Pariser Zirkel stand in Verbindung mit reaktionären Gruppen in Belgrad, Prag und Bukarest. Ihr Mann in Prag ist Kramarich. Auf diese Ermunterung ist Karl gegangen, und zwar über Straßburg mit spanischem Paß als Ententeoffizier verkleidet. In Budapest ist es zum Stich zwischen Horthy und Karl gekommen. Der Kaiser weißt noch immer in Steinamanger, wo die monarchistischen Truppen des Barons Debar auf ihn vereidigt wurden. Er will das Land nicht verlassen, sondern bereitet den Vormarsch auf Budapest mit Debars Truppen gegen Horthy vor. Horthy sucht Stütze bei der Nationalversammlung und besonders bei der Wapenpartei. Ein unverdächtigem Gerücht besagt, daß er Budapest verlassen habe und nach Debreczin gefahren sei, um antihabsburgische Truppen zu sammeln.

Es verlautet, daß Jugoslawien bei Barasdin 25 000 Mann zusammengezogen habe, um gegen Steinamanger vorzugehen. Die Möglichkeit eines Bürgerkrieges zwischen Horthy und Debar ist gegeben. Die ganze Welt ist mit der hohen Geistlichkeit ist gegen Horthy, der als Usurpator angesehen wird, seitdem er der Forderung Karls nach sofortiger Uebergabe der Macht nicht entsprochen hat.

### Die Haltung der österreichischen Sozialdemokratie

Begreiflicherweise hat besonders in Deutsch-Österreich das Auftreten des Habsburgers größte Beunruhigung hervorgerufen. Von sozialdemokratischer Seite wurde die Regierung beauftragt, in der morgigen Sitzung des Ausschusses für Debareres die Rückkehr des ehemaligen Kaisers nach Ungarn sofort zur Sprache zu bringen und bei dem Präsidenten des Nationalrates die sofortige Einberufung des Hauses zu beantragen. In einem dem Präsidenten überreichten Schreiben wird erklärt, die Erhebung Karls von Habsburg auf den ungarischen Thron würde eine feindliche Handlung gegenüber der deutsch-österreichischen Republik sein. Es sei eine Notwendigkeit, von der Regierung Rechenschaft darüber zu verlangen, ob die Haltung der österreichischen Behörden bei der Rückkehr des früheren Kaisers nach Ungarn einwandfrei gewesen sei. Es sei unbedingt notwendig, daß unter Mitwirkung der Volksvertretung entschieden wird, ob und unter welchen Umständen die Rückkehr Karls von Habsburg durch Deutsch-Österreich zugelassen werden kann. Durch die Ereignisse der letzten Tage sei die Notwendigkeit bewiesen worden, daß das Gesetz über die Landesverweisung der Habsburger schleunigst durch Strafsandrohung zu ergänzen sei.

Infolge der außerordentlichen Ereignisse der letzten Tage wurde der Nationalrat für Freitag, den 1. April, nachmittags 3 Uhr, einberufen.

Der Parteivorstand der deutsch-österreichischen Sozialdemokratie erläßt an die Genossen einen Aufruf, in dem es heißt: „Seid wachsam! Seid in jeder Stunde zum Kampfe bereit. Wenn es die Stunde erfordert, werden wir Euch rufen.“

Die Eisenbahner beschließen eine Resolution, in der es heißt: „Wenn von irgendeiner Seite gegen unsere demokratische Republik ein Schlag geführt werden sollte, dann werden die Eisenbahner in den Reihen jener zu finden sein, welche für den Bestand der Republik alles zu opfern bereit sind.“

### Militärdiktatur?

Wien, 31. März.

Die das „Neue Wiener Tagblatt“ erzählt, ist im Laufe des gestrigen Abends in feierlicher Weise in Steinamanger die Militärdiktatur für Ungarn ausgerufen worden. Exkaiser Karl hat als König von Ungarn die Leitung der Militärdiktatur übernommen und den Obersten Debar zum Kommandanten seiner Truppen ernannt. Der Telephon- und Telegraphenverkehr mit Budapest ist sehr erschwert bzw. durch die Zensur verlangsamt. Soweit man mit Budapest sich verständigen kann, werden dort alle diese Nachrichten demontiert.

Gestern Abend ist in Budapest ein offizielles Communiqué erschienen, welches in dürren Worten die Ereignisse der letzten Tage aufzählt. Die Haltung Horthys rechtfertigt und erklärt, daß das ganze Kabinett auf seiner Seite stehe. Gerüchte waren in Budapest verbreitet, daß Exkaiser Karl bereits

Steinamanger verlassen und die Route nach Spanien genommen habe. Tatsächlich ist dies jedoch nur ein Wunsch. Exkaiser Karl befindet sich noch in Steinamanger, doch wird in Budapest erklärt, daß er in Steinamanger nur die Garantien für seine unbehinderte Ausreise aus Ungarn abwartet.

Nach allen Nachrichten ergibt sich bis jetzt kein klares Bild über die Situation in Ungarn, und man kann in dieser Stunde noch nicht sagen, inwieweit der Exkaiser Karl durch seine Rückkehr die monarchistischen Truppen um sich vereinigt hat. Jedenfalls sind die in der „Kleinen Entente“ vereinigten Mächte entschlossen, die Rückkehr des Exkaisers auf den ungarischen Thron nicht zuzugeben und zu rohen mit Kriegserklärung.

Die ungarische Nationalversammlung ist noch vor Ablauf der Osterferien am Wunsch der Abgeordneten für den 1. April einberufen worden.

Weiter wird gemeldet: Ein Mitarbeiter des „Neuen Wiener Tagblattes“ erzählt von dem Wiener Vertreter des Exkaisers Karl, Sektionschef Schager, folgende Einzelheiten: Die Reise des Exkaisers ist ganz ohne mein Wissen erfolgt. Da sie aber einmal durchgeführt wurde, gibt es meiner Ansicht nach nichts anderes, als durchzuhalten, und zwar um so mehr, als die Durchführung der Reise offenbar mit Wissen und unter dem Schutz der Entente, oder zumindest zweier Ententemächte, vor sich gegangen ist. Gewiß war in Wien niemand in die Angelegenheit eingeweiht und es war daher zwecklos, daß bei mir und verschiedenen anderen, wegen ihrer monarchistischen Gesinnung bekannten Persönlichkeiten Hausdurchsuchungen durch die Polizei stattgefunden haben. Ich habe heute mit einem aus Steinamanger angekommenen Herrn gesprochen und erfahren, daß die Situation für Exkaiser Karl zunehmend günstig ist, da sich nicht nur das Korps Debar, sondern auch die angrenzenden Garnisonen dem Exkaiser zur Verfügung gestellt und den Befehl kundgetan haben, gegen die Hausdurchsuchung zu marschieren.

### Wie Karl nach Ungarn kam

Wien, 31. März.

Die Korrespondenz „Welt“ meldet: Nach Feststellung der Wiener Polizeidirektion traf Kaiser Karl am 29. März abends mit dem Pariser Expreßzug über Straßburg-Saßburg auf dem Westbahnhof in Wien ein. Vom Westbahnhof fuhr Kaiser Karl mit einem noch nicht festgestellten Automobil fort und dürfte vermutlich bei dem Grafen Erdosy in der Landkronengasse übernachtet haben. Am 29. März fuhr der Kaiser in Begleitung des Grafen Erdosy bei Hartberg in Steiermark über die österreichische Grenze nach Kottenturm. Beim Grenzübertritt von Oesterreich nach Ungarn legitimierte er sich mit einem auf falschen Namen lautenden Reisepaß, der ihn als Mitglied des Roten Kreuzes bezeichnete. Da das Aussehen des Kaisers verändert war, wurde er weder in Saßburg noch in Hartberg von den Grenzorganen erkannt.

### Die Entente gegen Karl

Rom, 30. März. (Stefani.)

Die Rückkehr des Exkaisers Karl hat in diplomatischen Kreisen Ueberraschung hervorgerufen. Sein Handreich Baur für Ungarn, das Frieden und Ruhe braucht, ernte Folgen haben. Die Kabinette der Entente tauschen miteinander Noten aus, sind aber darin einig, eine Restauration zu verhindern. Ein Vorgehen der Entente für den Fall eines derartigen Versuches ist seit langem festgesetzt. Die Nachrichten aus Budapest lauten hinsichtlich der Haltung der ungarischen Regierung beruhigend. Inzwischen wird auf die kürzlichen Erklärungen des Reichserzweisers Horthy gegenüber dem Vertreter einer Pariser Zeitung zugunsten einer Restauration hingewiesen und betont, der Exkaiser hätte nicht gehandelt, wenn er nicht auf eine feste Unterstützung gerechnet hätte. Indessen ist es sicher, daß die Entente fest entschlossen ist, die Angelegenheit so schnell wie möglich zu erledigen.

Die Tatsache, daß sowohl die große als auch die kleine Entente gegen die Rückkehr Karls auf den ungarischen Thron sind, läßt die Aussichten Karls, selbst wenn ein militärischer Handstreich auf Budapest gelingen sollte, außer Acht lassen. Es darf dabei aber nicht vergessen werden, daß die bisherige zweiseitige Haltung der Entente Ungarn gegenüber die dortigen Monarchisten nur ermutigt hat. Diese zweiseitige Haltung stände im hellsten Lichte da, wenn sich die oben wiedergegebene Äußerung des Wiener Monarchisten Schager bewahrheiten sollte, daß Karl seine Reise im Einverständnis und mit Hilfe von Ententevertretern angetreten habe.

Deshalb bannen auch die Rundgebungen der Entente nicht absolut die Gefahr. Die Entente hat sich schon öfter von vollzogenen Tatsachen überraschen lassen, um so über unangenehme Entscheidungen hinwegzukommen. Viel ernstere Gewähr für die Niederschlagung der ungarischen Putschisten bietet die Entschlossenheit der ehemals habsburgischen Länder, der Tschecho-Slowakei, Südblawiens, Deutsch-Österreichs. Auch Rumänien steht den ungarischen Absichten feindlich gegenüber. In Deutsch-Österreich sieht den starken monarchistischen Kreisen, die zweifellos mit dem Abenteuer Karls sympathisierten, die starke Sozialdemokratie gegenüber, die die Regierung zwingt, klar Stellung zu nehmen. So wird der Zug Karls, den er sich als Triumphzug vorgestellt hat, bald als bittere Komödie enden.

## Verfall der deutschen Landwirtschaft

Von Karl Marchonini

„Die Verheerung und Ausnutzung des Bodens ist eine Ursache des Grundbesitzers gegenüber der Gemeinwohl.“ Artikel 155, Absatz 3 der Verfassung des Deutschen Reichs vom 11. Aug. 1919.

Der deutschen Bevölkerung droht eine neue schwere Gefahr. Die Landwirtschaft zerfällt mehr und mehr; sie wird eine Papiergeldwirtschaft. Weil die Agrarier von der Regierung mit Geldscheinen übersättigt werden, geht die Produktion zusehends zurück. Von allen Seiten kommen Meldungen über die Verwundlung von Ackerland in Weidestüben, von der Ersetzung des Getreidebaues durch den Anbau von Futterkräutern und Rüben. Wir nähern uns damit Zuständen, wie sie in Großbritannien, insbesondere in Irland und Schottland waren, wie sie heute noch in Spanien sind, wo auch jetzt noch mehr als die Hälfte des Ackerbaues ungebaut ist. Als seinerzeit (in der Mitte des 19. Jahrhunderts) eine Hungerwelle durch Europa ging, starben in Irland in einem Jahre (1840) eine Million Menschen. Als in England der Ackerbau stillgelegt und die Arbeiter entlassen wurden, war ihre Verzeiwung so groß, daß sich Brandkolonnen bildeten, die durch die Grasschäfen zogen und die Kornschöber der Gutsbesitzer anzündeten.

Es können in Deutschland ähnliche Zustände eintreten, wenn die Entwicklung auf dem Lande so weiter geht. Es werden Acker brachgelegt, Arbeiter entlassen. Das Angebot an landwirtschaftlichen Arbeitern und Gutsangestellten ist weit größer als die Nachfrage. Die Agrarier wenden sich hauptsächlich der Viehwirtschaft zu, weil die am meisten Geld einbringt. Was an Getreide gebaut wird, wandert zum Teil in den Vieh- und Schweinemagen, während das Brotgetreide vom Ausland bezogen werden muß.

Vor dem Kriege war die deutsche Viehwirtschaft auf dem Bezug ausländischer Futtermittel aufgebaut, während die Versorgung der Bevölkerung mit Brot durch die einheimische Landwirtschaft gesah. Heute ist es direkt umgekehrt. Welche Katastrophen eintreten, wenn uns die Zufuhr von Brotgetreide abgebrochen wird, oder wenn sie infolge noch größerer oder völliger Entwertung der deutschen Papiermark unmöglich wird, kann sich jeder leicht vorstellen. Dann bekommen wir eine größere Hungersnot, als sie Irland seinerzeit gehabt hat und als sie uns während des Krieges beschieden war, obwohl auch dieser bereits 1,2 Millionen Menschen zum Opfer gefallen sind. Daß die Gefahr des Versagens der Einfuhr von Getreide groß ist, wird allgemein zugegeben werden müssen. Wir stehen erst am Anfang der Krise, die auf Grund der Wiedergutmachungsforderungen der Entente eingetreten ist.

Vielleicht wird mancher sagen, es sehe noch gar nicht so böse aus in der deutschen Landwirtschaft, es werde immer noch eine ansehnliche Menge von Nahrungsmitteln produziert. Wir verweisen daher auf die Tatsache, daß der Ertrag an Weizen, Roggen, Sommergerste, Hafer und Kartoffeln in Deutschland war: im Jahre 1913: 84,1 Millionen Tonnen, im Jahre 1920: 42,4 Millionen Tonnen.

Die Produktion ist also nach diesen Ziffern um rund 50 Prozent gesunken. Was das bedeutet angesichts der Einfuhr riesiger Mengen Futtermittel vor dem Kriege, wird man hoffentlich allgemein begreifen. Es wird ohne weiteres zugegeben, daß im Kriege und nach dem Kriege die Ententeanschätzungen absichtlich niedrig vorgenommen worden sind, daß aber der Ertrag erschreckend gering geworden ist, kann nicht in Abrede gestellt werden. Es ist für den Landwirt einträglich, wenn er bei der heutigen Papiergeldwirtschaft wenig produziert, da er mit Liebesgaben überhäuft und die magere Ernte hoch bezahlt bekommt. Will er den Ertrag steigern, so muß er enorme Summen in die Produktion hineinstecken, was immerhin nicht ganz ohne Risiko für den einzelnen Landwirt ist. Und selbst, wenn die Ernte vorzüglich wird, dank der intensiven kosspielsigen Wirtschaft, droht dem Landwirt die Gefahr des Sinkens der Preise infolge der höheren Erträge. Die private Wirtschaft ist eben in Deutschland in eine Sackgasse geraten, aus der sie nicht heraus kann. Je mehr die Regierung mit Papierscheinen nachzuhelfen sucht, „um die Produktion zu heben“, desto mehr sinkt die Produktion.

Dazu kommt der Güterhandel, der ebenfalls zum Verfall der Landwirtschaft beiträgt. Er hat einen gewaltigen Umsatz angenommen, wovon sich jeder durch einen Blick in den Inseratenteil großer agrarischer Blätter unterrichten kann. Welches Unheil dieser Handel anrichtet, sagt die Ostpreussische Landgesellschaft in ihrem Jahresbericht von 1920. Es heißt in ihm:

„Es ist klar, daß der häufige Wechsel eine schwere Schädigung der Allgemeinheit in sich schließt. Wir haben viele der zum Verkauf kommenden Güter beschlagnahmt und dabei die Beobachtung gemacht, daß die auf dem Markt stehenden Güter sich meist in einem unbeschreiblichen Zustand befinden. Die Berichte unserer Sachverständigen gingen fast stets dahin, daß ein erheblicher Teil der Landesernte seit vielen Jahren unbenutzt daliegt.“ In anderen Gebieten sieht es ebenso aus. Der „Vorwärts“ klagte kürzlich (Nr. 162 vom 1. März), daß in Pommern ebenfalls Ackerland nicht bestellt würde. Ein Appell an die Reichsregierung oder an die bürgerliche Reichstagsmehrheit,



Maßnahmen dagegen zu ergreifen, ist völlig nutzlos. Die Forderung steht wohl gewisse Pflichten für den Grundbesitzer vor, doch diese Formeln aus dem Wortschatz bürgerlicher Ethik sind weiter nichts als Dekoration; sie wurden nur aufgenommen, um die naive Kindlichkeit der Gemüter der Rechtssozialisten zufriedenzustellen, die ja glauben, der Staat sei zu erreichen mit papierernen Paragraphen. Die Forderung ist aber geschaffen zum Schutze des Privateigentums, es ist ganz ausgeschlossen, daß eine bürgerliche Mehrheit Reichstages, eine bürgerliche Regierung sie gegen die Eigentümer von Grund und Boden und kapitalistischen Produktionsmitteln anwenden werden. Es ist immer noch so, daß nicht die geschriebenen Verfassungen, sondern die tatsächlichen Machtverhältnisse maßgebend sind, und die herrschenden Klassen haben noch stets auf das sogenannte Gemeinwohl gepiffen. Sie bequemen sich erst dann Reformen, wenn ihre eigene Existenz durch den Zerfall der Wirtschaft in Gefahr geriet.

Es ist aber unsere Pflicht, die weitesten Schichten der arbeitenden Bevölkerung auf diese Zustände aufmerksam zu machen und sie rechtzeitig zu warnen. Sie haben es in der Hand, hier eine gründliche Veränderung zu treffen, ehe es spät ist. Das sind Dinge, die nicht nur den Arbeiter, Arbeiterfrau, sondern auch den Beamten, den Lehrer, den Handwerker, den Gewerbetreibenden angehen. Die Aufrechterhaltung, die Förderung der Produktion von Nahrungsmitteln ist die wichtigste Angelegenheit. Die arbeitende Bevölkerung muß aus der Papiergeldwirtschaft wieder in die Landwirtschaft machen, und das kann sie, wenn die üblichen Großbetriebe Eigentum der Gesellschaft, mit geschäftlichen Mitteln und Kräften ausgestattet und in den Dienst der Gesellschaft gestellt werden.

Wenn früher eine alte Wirtschaft zerfiel und eine neue vorkam, gab es auch stets einen wirtschaftlichen Aufschwung. Als in der großen französischen Revolution der Acker in Frankreich aufgeteilt und von freien Bauern bearbeitet wurde, gegen sehr bald die Erträge der Ernte, obwohl die bäuerliche Bevölkerung durch die Kriege dezimiert wurde. Eine Aufteilung des Grund und Bodens kann heute für ein hochentwickeltes Land, wie Deutschland, das über die modernsten Produktionsmittel verfügt, nicht in Frage kommen. Hier muß es nur eine Uebernahme und einen technischen Ausbau der Großbetriebe durch die Gesellschaft geben. Dann erst wird eine Steigerung der Produktion in kürzester Zeit eintreten.

Auf dies Ziel muß die Arbeiterklasse einwirken. Und hier hat der Deutsche Landarbeiterverband eine hohe Aufgabe zu erfüllen. Zunächst ist es seine Pflicht, die Verfallerscheinungen genau zu verfolgen, und die Öffentlichkeit über dieses Gebiet zu unterrichten. Dann hat er seine Mitglieder für die Uebernahme der Produktion in den Großbetrieben zu schulen und so die Sozialisierung vorzubereiten. Da heißt es: Heraus aus der Passivität und hinein in die Kampfeslinie! Auf diese Weise werden die Interessen der Landarbeiter weit besser gewahrt als durch die Arbeitsgemeinschaft, die letzten Endes vor dem privaten Grundbesitz steht. Wäre das nicht der Fall, so würden ja auch die Landwirte unter seinen Umständen mitmachen.

## Die Lage in Berlin

In allen Großbetrieben, wo eine Abstimmung vorgenommen wurde, ist mit überwiegender Mehrheit beschlossen worden, weiterzuarbeiten. In einzelnen Betrieben, so bei der Firma Bergmann in Rosenhal, Solomotinsfabrik der G. S. Werke in Hennigsdorf, des Stahlwerks in Hennigsdorf und in einigen anderen Betrieben sind kleine Unruhen trotz des Mehrheitsbeschlusses von den Betrieben ausgebrochen. Die Folge davon ist, daß die Betriebsleitungen Anschläge bekanntgeben, daß dieser Teil der Belegschaft wegen

Verstoßes gegen die Gewerbeordnung nicht wieder eingestellt, also fristlos entlassen wird.

In den Betrieben bemühen sich nun die Betriebsräte, auf dem Verhandlungswege zu erreichen, daß die Direktoren von diesem Standpunkt abgehen. Die große Mehrzahl dieser irreführenden Arbeiter hat inzwischen selbst erkannt, wie unsinnig die kommunistischen Generalkampfrufen waren, und sind deshalb bereit, die Arbeit wieder aufzunehmen. Es läge im allgemeinen Interesse, wenn alle Beteiligten die allein richtige Schlussfolgerung ziehen, die vom Zaune gebrochene „Aktion“ zu liquidieren, um weitere nutzlose Opfer zu verhindern. Von den Betriebsleitungen muß verlangt werden, daß jede Maßregelung unterbleibt, um nicht neuen Konfliktstoff in die Arbeiterschaft zu werfen.

## „Auf der Flucht“ angeschossen

Unmittelbar vor Redaktionsschluss wird uns mitgeteilt:

Eyhl, der verhaftet ist, sollte heute in den Mittagsstunden im Polizeipräsidium durch einen Kriminalbeamten zur Vernehmung vorgeführt werden. Am Treppenaufgang drehte sich Eyhl um und verlor dem hinter ihm gehenden Beamten einen Faustschlag in die Magengegend. Als der Beamte zurücktaumelte, ließ Eyhl die Kreppe hinauf. Der Beamte, der als alter und ruhiger Beamter geschildert wird, machte instruktionsgemäß von seiner Schußwaffe Gebrauch, da ein Fluchtversuch vorlag. Eyhl erhielt einen Schuß in den Rücken, die Verletzung soll nicht lebensgefährlich sein. Der Polizeipräsident hat die Untersuchung der Angelegenheit eingeleitet. Eyhl wurde dem Krankenhaus als Polizeigefangener überwiesen.

## Die Lage im Reich

Das allgemeine Kennzeichen der Bewegung im Reich ist folgendes: Fast überall ist der Streik im völligen Abflauen begriffen, nur hier und da kommt es, unter Anwendung von Gewaltmitteln oder unter Vorpiegelung falscher Tatsachen, zu Betriebsstörungen in einzelnen Orten.

So ist in Bremen durch einen gewaltsamen Eingriff kommunistischer Arbeiter die Weser-Werft so gut wie lahmgelegt worden. In Liebenwerda fand eine Verammlung statt, in der ein Berliner Kommunist mit der Behauptung auftrat, daß in Berlin der Generalkampf ausgebrochen sei. Daraufhin beschloß die Versammlung einmütig den Generalkampf, die Arbeiter besetzten die Müllgrube und verhafteten die Direktoren.

In Schleuditz (Reg.-Bez. Merseburg) wurde gestern die Arbeit eingestellt. Der Verkehr der elektrischen Bahnen Leipzig-Schleuditz ist wegen Streiks eingestellt.

In Bitterfeld, Ordruf, Sömmerda, Langenlajza und Worbis herrscht Ruhe. In Halle ist das Bild unklar.

In Jchornewitz hat sich die Belegschaft des Kraftwerks in einer Abstimmung mit 588 gegen 219 Stimmen gegen den Streik erklärt und die Arbeit gestern wieder aufgenommen, so daß auch bereits gestern mit der Stromlieferung begonnen werden konnte.

In Mühlhausen (Thüringen) haben die kommunistischen Tabakarbeiter mit großer Mehrheit gegen den Generalkampf gestimmt.

Die Eisenbahndirektion Erfurt hat 22 streikende Arbeiter entlassen. Außer in zwei Betrieben wird in Erfurt überall gearbeitet. Der Betrieb des in Jena erscheinenden kommunistischen Blattes „Neue Zeitung“ wurde von der Regierung in Erfurt verboten.

In Gelsenkirchen Revier wurde gestern auf allen Schachtanlagen und sonstigen Betrieben voll gearbeitet. In der Nacht zum Mittwoch fand in der Nähe des Flugplatzes eine Schießerei zwischen Schutzpolizei und angeblichen Kommunisten statt. In Gelsenkirchen nahm die Polizei Verhaftungen vor.

Nach einer Meldung der „Kölnischen Zeitung“ aus Remscheid hat die kommunistische Parteileitung auf heute abend eine Betriebsratsversammlung einberufen, in der über den Abbruch des Kampfes und die Wiederaufnahme der Arbeit abgestimmt werden soll.

In Dortmund fand gestern abend im Stadthaus eine recht merkwürdige ammutende Explosion statt, durch die die linke Portalwand beschädigt wurde. Hier, wie an verschiedenen anderen Orten, scheint es sich um bestellte Arbeit zu handeln.

Während auf der rechten Rheinseite bis nach Hamm hinauf der Ausstand vollkommen beigelegt ist und die Arbeiter sämtlich wieder angefahren sind, hat nach einer Meldung der „Frankfurter Zeitung“, auf der linken Rheinseite die Arbeitseinstellung an Umfang zugenommen. Die Firma Krupp in Rheinhause hat die gesamte Arbeiterschaft entlassen und zwar alle Arbeiter, die die Arbeit unfest verlassen haben, fristlos, die übrigen mit gegenseitiger Kündigung. Die Wiedereinstellung hat sie sich vorbehalten.

In Oldenburg dauert der Transportarbeiterstreik nach wie vor an. Eine Verständigung konnte bisher nicht erzielt werden.

Nachdem bereits einzelne Betriebe in Gotha die Arbeit gestern aufgenommen hatten, beschloß abends eine stark besuchte Versammlung der Arbeiter mit großer Mehrheit, den Generalkampf für beendet zu erklären und heute früh die Arbeit wieder aufzunehmen. Die Kommunisten empfehlen selbst die Aufnahme der Arbeit mit der Parole: „Die Schlacht ist verloren, aber der Sieg ist unser!“

In Hamburg macht sich unter den kommunistischen Arbeitern infolge des Beschlusses des Generalkampfes eine starke Erbitterung bemerkbar. Zahlreiche Arbeiter sind in den letzten Tagen aus der kommunistischen Partei ausgetreten. Der bisherige Schriftführer des Vorstandes der Bürgerchaft, der kommunistische Abgeordnete Häusler, hat heute dem Präsidium mitgeteilt, daß er aus der kommunistischen Partei ausgetreten sei und deshalb dem Vorstand nicht mehr angehören könne. Bei der Bürgerchaft ist ein Antrag des Staatsanwaltes auf Strafverfolgung der Kommunisten Lindau, Böllner, Beckstein und Kappel wegen Hochverrats resp. Landesverrats eingegangen. Bei der Firma Blohm u. Böhne soll die Arbeit am 1. April wieder aufgenommen werden. Es findet aber eine scharfe Schlichtung der Belegschaft statt. Die Vulkanwerft bleibt voraussichtlich noch die ganze Woche geschlossen.

## Die Lage in Sachsen

Drahtmeldung unseres Korrespondenten

Dresden, 31. März.

Gestern versuchten die Kommunisten in Pirna, die Arbeiter aus den Betrieben zu bringen. Um den Unternehmen nicht das Schauspiel zu bieten, daß sich die Arbeiterschaft gegenseitig zerfleischt, gaben die Belegschaften verschiedener Betriebe den Auforderungen zunächst nach. Die Abstimmungen jedoch ergaben im Durchschnitt nur geringe Minderheiten für den Streik. Heute früh wurde die Arbeit in vollem Umfang überall wieder aufgenommen. So sehr unsere Genossen im Pirnaer Bezirk das höchst eigenmächtige Vorgehen der Kommunisten verurteilen, so sehr sind sie doch gewillt, wenn es wirklich notwendig ist, auf den Plan zu treten, um gegen ihren revolutionären Traditionen die Anschläge der Reaktion zurück zu schlagen. In einer gestern abend stattgefundenen Vertrauensmänner-Versammlung ergab sich in allen Fragen völlige Einmütigkeit der Genossen.

In Bautzen kam es in der Nacht zum Mittwoch in dem in der Ostvorstadt gelegenen Kasernenviertel zu lebhaften Schießereien zwischen Zivilpersonen und Angehörigen der Reichswehr. Hierzu wird von amtlicher Seite folgendes gemeldet: Nachts gegen 12 Uhr versuchten eine Anzahl Zivilpersonen von der Südseite her den Zaun der Kasernenkaserne zu übersteigen und in die Kasernen einzudringen. Sie wurden jedoch von den Wachen bemerkt. Als sich die Eindringlinge beobachtet sahen, schossen sie auf die Posten. Es wurde sofort die Wache alarmiert, welche das Feuer erwiderte. Darauf ergriffen die Angezeiger die Flucht. Einer derselben war bereits in das Kasernengebäude eingedrungen, es wurde auf ihn geschossen, doch konnte auch er nicht festgenommen werden.

Gegen deutsche Arbeiter beim Wiederaufbau. Nach einer Havas-Meldung aus Lille hat der Bund der kooperativen Vereinigungen für den Wiederaufbau des Nordens sich gegen die Teilnahme deutscher Arbeitskräfte ausgesprochen, da für die schnelle Wiederherstellung des Departements französische und im Notfalle alliierte Arbeitskräfte vollauf ausreichen.

Amerikanische Kohlen für Europa. Dem „Petit Parisien“ wird aus London gemeldet, der amerikanische Kohlenkontrollrat habe erklärt, die Vereinigten Staaten hätten 1930 13370265 Tonnen an Kohlen und Anthrazit nach Europa befördert. Der Preis habe im Bestimmungshafen durchschnittlich 27 bis 28 Dollar je Tonne betragen.

## Ausstellungen

Archipenko — Freie Sezession

Während die Kunst unserer Zeit mit einer geheimnisvollen inneren Logik von Werk zu Werk weiterfährt, beweisen die stofflichen Führer mit einem immer größeren Ueberzeugungsdruck, daß die neue Kunst zu Ende sei, und gerade in dem Augenblick, da die entscheidenden Künstler Europas den Schritt früherer Jahrhunderte bereits setzen und da die eigentliche, wichtige, die unüberwindliche Arbeit beginnt, erklären die Intellektuellen, daß sie nicht mehr mitmachen; nach dem klugen Wilhelm Hausenstein nun auch der weise Wilhelm Worringer („Künstlerische Zeitschriften“, Hugo Staudmann-Verlag, München 1921).

Aber auch das ist ganz logisch. Denn die Kunst, die jetzt beginnt, ist intellektuell nicht mehr „interessant“. Ueber den früheren Expressionismus ließ sich prächtig denn reden, schreiben und dichten, jetzt stehen Werke vor uns, die frei sind, freie Schöpfungen, freie Ideen. Ihre nicht geringe Wirkung ist, daß sie das Neben abweisen. Sie wirken Entschleunigung. Sie werden lächelnd über der Unbeugung und Unverstand der Klugen stehen und sind allen ebendigen, allen Liebenden ein schönes Wunder.

Archipenko's Zeichnungen, Aquarelle, Pastellen und Sculpturen, die jetzt der „Sturm“ (Friedrichstr. 134A) in einer sehr schönen Ausstellung zeigt, die offenbar Archipenko selbst klar und so feinsinnig geordnet hat, stehen vor uns mit der gleichen, erschütternden Wahrheit von unberührten Naturgebilden, und sie sind Naturgebilde. Denn sie sind schöpferisch. Archipenko gehört zu den wenigen, die das alte Ziel der neuen Kunst, zu schaffen nicht nach der Natur, sondern wie die Natur, schon nahe zu erreichen scheinen.

Wie die Natur... Das heißt: souverän arbeitend mit den eigenen Mitteln des Malers, des Plastikers, wie sie in seine Hand gegeben sind; ein Werk bildend aus den elementaren Gegebenheiten der Hebung, Senkung, Drehung, aus Licht, Dunkel, Glanz, Vertiefung, Näherung, Verdoppelung, Härte, Erweichung, Spitzung, Gleiten, Hesteln, Schweben, Farbe, Linie, Dämmern, Leuchten... aus unendlichen Möglichkeiten ihrer Kombination, aus den vielen Eigenschaften der Materialien Bronze, Terrakotta, Gips, Papp, Leinwand, Stein, Glas, Papier, Leder — Eigenschaften, die man weiden und steigern kann durch variable Methoden ihrer Bearbeitung, Polieren, Schleifen, Löten, Räuchen, Zifferieren und durch ihre jeweilige immer neue Verbindung und Beziehung.

Selten sah man Werke neuer Kunst von einem gleichen und so völlig begnügten Reichtum künstlerischer Mittel. Hier ist alle Einfachheit, alle billige „Wirkung“ aufgehoben, und in beglückender Reinheit spielen diese Mittel zusammen — wie in der Natur.

Hier sind endlich nicht mehr Natur-Organismen nachgemacht in Gips oder Bronze, sondern neue Organismen gebildet aus künstlerischen Elementen, Organismen, die sich ebenbürtig, nicht mehr als Kopien, neben die Organismen der geschaffenen Welt stellen.

Welches sind die Voraussetzungen eines solchen Schaffens?

Die Voraussetzungen sind Liebe und Disziplin. Die Fülle der Mittel entsteht nur aus der Fähigkeit des Künstlers, in allen Dingen, auch den verachtlichsten und vergessenen, die Möglichkeiten der Beglückung und der Schönheit zu entdecken. Schwieriger noch ist diese Möglichkeit vielseitig zu entdecken dort, wo verborgene Konnotationen einseitige Reinheit und Kraft stumpf gemacht haben. Aber für Archipenko gibt es nichts Stumpfes, nichts Totes oder „Materielles“. In jedem Dinge spürt er seinen Lebensinn, und er nimmt ihn an. Es gibt für ihn nichts Materielles, weil er kein Materialist ist, sondern ein Liebender. Er jagt sich an die Schöpfung, nimmt alle ihre Elemente und spricht mit ihnen, denn alle sind stumm. Sein Sinn ist so fein, so gefühler, so zart und so zärtlich, daß ihm alles erscheint, als sei es noch von keinem früheren Menschenauge gesehen. Sagen wir selbst zuvor schon Rundungen, Kreise, Kurven und Regell? Es ist uns, als zeigte sie Archipenko zum ersten Male.

Und die Fülle der Mittel, die seine Liebesfähigkeit ihm gibt (etwas wesentlich anderes als die „treue Beobachtung“ der Naturwissenschaften), vermag auf uns zu wirken, weil diese Disziplin sie in Eines fügt, in den künstlerischen Organismus band. Diese künstlerische Disziplin ist bei Archipenko zu einer grandiosen Leistung erhoben. Er wirkt als ein bewunderungswürdiges Vorbild, ähnlich wie Gleizes, der vor einigen Wochen hier ausgestellt war. Wir haben sehr viel von den Franzosen (obwohl der Geburt nach Russe, gehört Archipenko durchaus zu den Franzosen) zu lernen, solange bei uns noch immer der Irrtum herrscht, es liege das Heil im „Temperament“ und in der glücklichen „Improvisation“. Eine kurze Zeit mochte das für Deutsche eine gewisse Berechtigung haben. Heute nicht mehr! Außerordentlich Disziplin ist freilich wenig oder nichts. Liebe bedeutet mehr. Aber die wahre Aufgabe liegt darin, beide zu vereinen. Große Künstler streiten voraus. Wen könnte ihre Leistung tiefer angehen als den Sozialisten?

Ich möchte bei dieser Gelegenheit hinweisen auf das zweite der Sturm-Bilderbücher, das Archipenko gewidmet ist und das in 16 Abbildungen die Werke Archipenko's bis etwa 1914 enthält. Seit 1913 hat der „Sturm“ die Arbeiten Archipenko's mehrfach gezeigt.

Die Zeichnungen, Radierungen und Kleinplastiken, die die Frühjahrsausstellung der Freien Sezession, Potsdamer Straße 134C, in der Galerie Müller zeigt, bringen einen

ansprechenden Durchschnitt, nicht mehr. Alle Aussteller arbeiten mit den überlieferten, bewährten Mitteln, der eine geschickter, der eine geschmackvoller, der dritte routinierter als der andere. Ich nenne die wenigen, deren neue Arbeiten beweisen, daß sie noch nicht auf ihren Vorbeeren ausruhen wollen. Es sind Arthur Degner, Franz Domschelt, de Flori, Wilhelm Hedroth, Felix Resed, Otto Lange und Lasar Segall. Zwei Radierungen von Heinrich Tischer, „Jude“ und „Christus“, verdienen Aufmerksamkeit. Der „Lehrer“ von Gerhard Marks ist eine erfreuliche Uebertreibung, die einzige der Ausstellung. Richard Scheibes „Christus“ und Willy Siegers „Betendes Mädchen“ sind sympathische Arbeiten, zwei Zeichnungen Kotoskas von seltener Einfachheit. Parikell ist, wie es scheint, augenblicklich etwas die Mode geworden. Auch bei der Akademie-Ausstellung macht er im schlimmsten Saal der „Schönen Frauen“ — leider! — mit.

Adolf Behne

## Ein Erholungsheim für Reisegenossen

Zu den Orten, die am frühesten an die Schaffung eines eigenen Gewerkschaftshauses gegangen sind, gehört das heute etwa 2000 Einwohner zählende Wernigerode a. Harz, am Fuße des Brocken. Das alte Gewerkschaftsheim, 1893 von einigen beherrschten Genossen eingerichtet, genügt fast 30 Jahre den örtlichen Ansprüchen; aber in den letzten Jahren haperte es doch in dieser und jener Beziehung, vor allem an der Unterbringung von Gewerkschafts- und Parteigenossen, die alljährlich in großer Zahl dem Harz einen Besuch abstatteten; war doch der „Volksgarten“ nicht zum Logierbetrieb eingerichtet. Dieser Uebelstand ist nun durch den Ankauf des „Hotels Monopoli“ beseitigt, das als Gewerkschaftsheim sowohl wie als Logierhaus für Harzbesucher gleich günstig liegt. 600 Sommergästen kann in den Sommermonaten Aufenthalt gewährt werden, wenn man eine Kurdauer von ca. 14 Tagen zugrunde legt. Jeder Genosse, der in Zukunft beim Reisen oder auf der Sommerwanderung Wernigerode kreuzt, ist nicht mehr gezwungen, seine mühsam erarbeiteten Groschen der wucherischen Fremdenindustrie zu opfern; sondern von nun an wird es Aufgabe der Wernigeroder Klassenossen sein, daß den Reisegenossen der Aufenthalt nicht nur möglichst angenehm, sondern auch, soweit es die heutigen Verhältnisse erlauben, möglichst billig gestellt wird.

Der Unerwartete konnte nun einwenden, daß es nicht allzu verlockend sei für den im gewerkschaftlichen und politischen Kampf stehenden Genossen, seine Erholungszeit in einem Gewerkschaftshaus zu verbringen zu müssen, denn da sei doch jedenfalls wenig Ruhe zu finden. Aber dem ist nicht so! Der Saalbetrieb ist von dem Hotelbetrieb vollständig getrennt. Die Gewerkschafts- und Ver-



# Der internationale Sozialismus und die Wiedergutmachung

Zu Amsterdam beginnen am 31. März drei internationale Arbeiterkonferenzen, nämlich die Tagung des Internationalen Gewerkschaftsbundes, der Zweiten Internationale und der Wiener Arbeitergemeinschaft. Alle drei Konferenzen haben sich als gleiches Thema die Erörterung der deutschen Reparationsleistung gestellt.

Die Konferenz des Internationalen Gewerkschaftsbundes wird außer den Reparationen und den Sanktionen vor allem das Problem des Wiederaufbaus in Nordfrankreich und Belgien behandeln. Den verschiedenen Landesorganisationen war aufgetragen worden, je einen Fachmann aus dem Vaugewerbe als Sachverständigen zu delegieren. Aus Deutschland kommen Wissell, Graumann und der Vorsitzende des Bauarbeiterverbandes Paepow; Frankreich ist durch Fouhaug, Dumoulin, Merzin und Barthol vertreten, Belgien durch De Flaming, Geyson, Lombart, Mertens und Solau. Von England ist bisher Thomas aus dem Ruhrgebiet, wo er eine Vorbesprechung mit den Führern deutscher Gewerkschaften hatte, angekommen.

Entgegen der Darstellung, als wenn die am 31. März stattfindende Konferenz des Internationalen Gewerkschaftsbundes im Einverständnis und sogar gemeinschaftlich mit der Konferenz der Zweiten Internationale angeschlossenen Parteien veranfaßt würde, stellt der Internationale Gewerkschaftsbund fest, daß der Vorstand des Internationalen Gewerkschaftsbundes bereits am 14. März beschlossen hat, seine Konferenz am 31. März und an den folgenden Tagen in Amsterdam abzuhalten, während die Zweite Internationale ihren Beschluß in London erst eine gute Woche später gefaßt hat. Der Beschluß des Vorstandes der Zweiten Internationale erfolgte ohne irgend ein vorheriges Einverständnis mit dem Vorstande des Internationalen Gewerkschaftsbundes. Beide Veranstaltungen werden vollkommen unabhängig von einander abgehalten werden.

Das Amsterdamer sozialdemokratische „Het Volk“ betont, daß alle nach Amsterdam gekommenen Arbeitervertreter aus den drei Konferenzen den Willen hätten, in den Ländern, die den Kriegszustand in Wirklichkeit noch immer nicht aufgehoben hätten, die Arbeiterchaft zu einer Einheit des Wollens und Handelns zu bringen. Das Zusammengehen der internationalen Arbeiterchaft werde nicht nur die anderen politischen Parteien beeinflussen, sondern auch auf die Regierungen einen Druck ausüben, die bisher von einer gerechten und billigen Regelung der Reparationsfrage, wie sie die internationale Arbeiterchaft wünscht, nichts hätte wissen wollen.

## Die Erhöhung der Papierpreise

Obwohl die Papierindustrie zu denjenigen Industrien gehört, die in den letzten Jahren überaus günstige Ergebnisse erzielt haben, soll jetzt eine weitere ungeheure Steigerung der Papierpreise eintreten, die zu einer schweren Schädigung der deutschen Presse und der Leser der Zeitungen führen würde. Gegen diese Absichten haben die Vereine Deutscher Zeitungsvorleger auf einer am Mittwoch in Hannover abgehaltenen Tagung Einspruch erhoben und auch gegen die Haltung der Regierung, die diese Erhöhung der Preise zu genehmigen beabsichtigt, kräftige Worte gefunden. Regierung und Reichstag seien verantwortlich für die Folgen der Zulassung von Papierpreisen, deren Unerschwinglichkeit für die Presse von vielen Fabrikanten selbst anerkannt werde. Mit der Beeinträchtigung der Aufgaben der Presse sei verbunden eine Arbeitslosigkeit im Zeitungsgewerbe, für die sie die Verantwortung jedenfalls einer Regierung zurechen, die sich zwar von der Notwendigkeit überzeugen läßt, den Papierfabrikanten neue Millionen zuzuführen, für die Presse aber so wenig Verständnis hat, daß sie die Folgen dieses Verfahrens nicht voraussieht.

Wir sind selbstverständlich ebenfalls entschiedene Gegner der geplanten Erhöhung der Papierpreise. Im Gegensatz zu den Zeitungsvorlegern aber sind wir der Meinung, daß diesem schändlich drohenden Uebel nicht abgeholfen wird durch die Verhinderung der jetzt geplanten Preissteigerung, sondern nur dadurch, daß die Papierherzeugung überhaupt dem privaten Gewinnstreben entzogen

wird. Die Papierindustrie ist längst reif für die Sozialisierung, wodurch nicht nur der Presse ihre Aufgaben wesentlich erleichtert werden könnten, sondern auch die Möglichkeit zu einer Verbilligung der Pressezeugnisse gegeben wird.

## Höhere Kohlenpreise in Aussicht

In einer gemeinsamen Sitzung des Reichskohlenverbandes und des großen Ausschusses des Reichskohlenrates am Mittwoch wurden die Anträge des rheinisch-westfälischen Kohlenlandtags auf Preiserhöhung um 33 Mark pro Tonne beraten. Während die Regierung bisher diesen Anträgen stets die Zustimmung verweigert hatte, erklärte diesmal Staatssekretär Hirsch vom Reichswirtschaftsministerium, daß ein Beschluß auf Preiserhöhung keine Beanstandung finden werde, soweit diese 18 Mark die Tonne nicht überschreite. Dieser Satz trage der festgestellten Erhöhung der Selbstkosten Rechnung, er schlicke auch sehr angemessene Abschreibungen in sich. Die Reichsregierung knüpfe an die Genehmigung dieser Preiserhöhung indessen die Bedingung, daß der Bergbau ab 1. April außerdem eine Preiserhöhung um 5 Mark je Tonne Steinkohle, um 2 1/2 Mark pro Tonne Braunkohlenbriketts und um 80 Pfennig je Tonne Rohbraunkohle beschließe. Dieser letztere Zuschlag solle dazu dienen, den Bergleuten auch weiterhin billige Lebensmittel zuzuführen, nachdem die Entente seit dem 1. Februar die Zahlung von 5 Goldmark für die Tonne Pflichtlieferung eingestellt habe. Mit diesem Vorschlag erklärte sich das rheinisch-westfälische Kohlenlandtag einverstanden, er fand denn auch gegen eine Stimme Annahme, ebenfalls ein Antrag des Bezirks Niederrhein auf Preiserhöhung um 20 Mark die Tonne.

Diese völlige Schwelung der Regierung gegenüber den Kohlenindustriellen wird nicht nur in den Kreisen der Verbraucher von Hausbrand, sondern auch in der verbrauchenden Industrie starke Bedenken auslösen. Die Erhöhung der Kohlenpreise führt zu einer weiteren Steigerung der Preise aller Waren. Das aber ist gerade im gegenwärtigen Augenblick der sich verschärfenden Not und Arbeitslosigkeit eine ungeheure Gefahr. Die Haltung der Regierung ist eine Kapitulation vor den Interessen der Kohlenindustriellen, die dauernd über mangelnde Rentabilität ihrer Unternehmungen klagen, sich aber trotzdem der Sozialisierung des Kohlenbergbaues entgegenstellen, obwohl sie doch dadurch von ihren angeblichen Lasten befreit würden. Aber auch hier zeigt sich wiederum, daß eine von kapitalistischen Interessen geleitete Regierung nie den Interessen der Allgemeinheit, sondern stets denen der kapitalistischen Machthaber gemäß handelt.

## Naivität

Auch dem „Vorwärts“ scheint der Erlaß der Verordnung über die Ausnahmeverfahren durch Ebert nicht recht sympathisch zu sein. Er findet aber nicht den Mut, offen gegen diese Maßnahme Front zu machen, sondern so, als ob er ihren Sinn nicht völlig verstehe. Er meint, es sei rätselhaft, warum zugleich mit dieser neuen Verordnung die Verordnung vom vorigen Jahre aufgehoben werde, die angeblich doch gegen die militärischen Verschwörer gerichtet war.

Der „Vorwärts“ ist reichlich naiv. Er sieht nicht oder will nicht sehen, daß beiden Maßnahmen der gleiche reaktionäre Geist innewohnt, jener Geist, der bei den letzten Justizdebatten im Reichstage durch den Reichsjustizminister Heineke eine so herausfordernde Beherrschung gefunden hat. Sieht er nun ein, welchen Absichten sein Freund Ebert diene?

Wir wollen weiter nur die Tatsache vermerken, daß der schwülstige Dankeslahf Hörsings an die Sicherheitswehr vom „Vorwärts“ nur registriert, aber nicht im Wortlaut wiedergegeben wird.

## Die bayerischen Gesetzesverächter

Wir haben bereits in der Morgenausgabe das Telegramm aus München wiedergegeben, wonach der Reichsjustizminister Dr. Heineke und der Reichsentwaffnungskommissar Dr. Peters in München waren, um im Auftrage der Reichsregierung der bayerischen Regierung den Standpunkt der Reichsleitung

über die Entwaffnung der Einwohnerwehren vorzutragen. Beide Herren hätten aber keine Gelegenheit gehabt, sich ihres formellen Auftrages zu entledigen. Sie hätten nur Gelegenheit zu „Besprechungen“. Es sei anzunehmen, daß die bayerische Regierung die Tatsache des Erforderns der Reichsleitung um Entsendung der bayerischen Reichswehr zur event. Hilfeleistung nach Mitteldeutschland benutzen werde, um ihren Standpunkt bezüglich der Entwaffnungsfrage nicht zu revidieren.

Uebersetzt man diese Meldung aus der Diplomatensprache in klaren Deutsch, so heißt das, daß die bayerische Regierung nach wie vor sich offen gegen die Reichsregierung auflehnt, und daß der Reichsjustizminister Heineke, der behördliche Hüter des Rechts, sich völlig vor diesen Gesetzesverächtern beugt. Wird nun Herr Ebert seine Sondergerichte auch gegen Kahr und Genossen in Wirksamkeit treten lassen? Eine bejahende Antwort können nur Kahr und Raive erwarten. Einen Schutz des Rechts gibt es im republikanischen Deutschland nie, wenn Hochstehende es verlegen.

## Vor dem Streik der englischen Grubenarbeiter

M. London, 31. März.

Die gestrigen Unterhandlungen des Handelsministers Sir Robert Horne mit dem Vollzugsausschuß der Grubenarbeiter sind ergebnislos verlaufen. Der Minister mußte die Forderung des Vollzugsausschusses ablehnen, der Industrie durch eine staatliche Subvention über die augenblickliche Krise hinwegzuhelfen. Der Minister erklärte nochmals entschieden, daß an eine solche Subvention, die kein Heilmittel für die unbefriedigenden Zustände wäre, nicht zu denken sei.

Der Vorsitzende des Verbandes teilte dem Minister daraufhin mit, daß dann am Freitag alle Mitglieder des Verbandes einschließlich der Maschinen und Arbeiter der Pumpstationen die Kohlegruben verlassen werden.

Tritt nicht noch in letzter Stunde eine Aenderung in der Situation im englischen Bergbau ein, so scheint der allgemeine Streik unvermeidlich. Dieser würde nach der Erklärung des Verbandsvorsitzenden in verschärfter Form durchgeführt werden, da die Stilllegung der Pumpstationen bedeutet, daß nicht einmal die Kohlsandarbeiten verrichtet werden sollen. Wir werden auf die Vorgesichte dieses für die englische Wirtschaft und das englische Proletariat ungemein ersten und wichtigen Konflikts ausführlich zurückkommen.

## Groß-Berlin

### Das soziale Mäntelchen

Die Stadtverordnetenversammlung hat in der vergangenen Woche gegen die Stimmen der bürgerlichen Parteien die Hausangestelltensteuer beschlossen. Die sozialistischen Parteien haben im Anfang der Beratungen dieser Steuer ebenfalls nicht sehr sympathisch gegenübergestanden, weil auch bei ihnen die Befürchtung bestand, daß dadurch unter Umständen eine Verschlechterung des Arbeitsmarktes für Hausangestellte eintreten könnte. Eingehende Erhebungen über die jetzige Lage des Arbeitsmarktes aber haben ergeben, daß diese Bedenken völlig grundlos sind. Die Hausangestellten erwarten ebenfalls von der Steuer keine Beeinträchtigung ihrer Lage und haben ihr deshalb zugestimmt.

Konnten aus diesen Gründen die sozialistischen Parteien völlig unbedenklich für diese Steuerordnung stimmen, die den Aufwand der bestehenden Kreise besteuern will, so mußten sie für sie entscheiden angesichts der Tatsache, daß dem Privileg, das die bestehenden Kreise jetzt bereits dadurch haben, das ihnen ihre Vermögenslage die Beschäftigung von Hausangestellten gestattet, die Tatsache gegenübersteht, daß hunderttausende von Frauen und Müttern der unteren Schichten der Bevölkerung, die erwerbstätig sind, ihre Kinder nicht der Obhut von Hausangestellten übergeben können, sondern ohne Aussicht lassen müssen und auf Krippen, Horte und dergl. angewiesen sind. Die Zahl dieser Einrichtungen aber ist völlig ungenügend, es fehlt der Stadtgemeinde auch bisher völlig an Mitteln für den bedingenden notwendigen Ausbau der bereits bestehenden Einrichtungen. Die bestehenden Kreise zu den Lasten heranzuziehen, die dadurch verursacht werden, ist deshalb ein unbedingtes Gebot sozialer Gerechtigkeit.

Bezeichnend aber für den völligen Mangel an sozialem Empfinden, der in dem gesamten Bürgertum herrscht, ist die Tatsache, daß das „Berliner Tageblatt“ auch jetzt wiederum, obwohl kein ernsthafter Mensch mehr daran glaubt, nachdem das Segentheil in den Berechnungen einwandfrei nachgewiesen ist, die Behauptung aufstellt, daß diese Steuer eine Steigerung der Arbeitslosigkeit zur Folge haben werde. Das Blatt jammert ferner über die durch die Hausangestelltensteuer angeblich herbeigeführte Verschärfung des Lebensstandes der „gebildeten Kreise und des breiten Mittelstandes“. Und das, obwohl die Steuer für das ganze Jahr für den ersten Hausangestellten sage und schreibe 100 Mark beträgt, im Monat also nur wenig mehr als a 4 Mark. Aber kein Wort findet das Blatt, das sonst in heuchlerischer Absicht spaltenlange Artikel über die Not der Kinder und über das Elend in den Arbeiterfamilien bringt, für diesen sozialen Zweck der Steuer, der von jedem, der auch nur noch ein Funken von sozialem Empfinden besitzt, unterstützt werden müßte. Das ganze Bürgertum, als dessen ausgesprochenster Fürsprecher das „Berliner Tageblatt“ auch jetzt wieder auftritt, denkt eben im Ernst nicht an die Beseitigung sozialer Mißstände, sondern läßt sich nur leiten von der Steuerfrage der bestehenden Kreise und von seinem Hab gegen alle Maßnahmen, die in der Einheitsgemeinde von der sozialistischen Mehrheit zu ihrem Aufbau getroffen werden.

### Stadtverordnete und Stadträte

Die demokratische Fraktion im Landtag und in der Stadtverordnetenversammlung hat sich gegen die Beibehaltung eines Stadtverordnetenmandats ausgesprochen, wenn der Inhaber des Mandats zugleich Mitglied des Magistrats oder eines Bezirksamtes ist. Ihre Mitglieder wollen nunmehr auch ihre Stadtverordnetenmandate niederlegen, wenn sie befohlen werden in den genannten Körperschaften beizubehalten, und sie hoffen, daß die anderen Parteien das gleiche tun werden. Sie begründen diese Ansicht damit, daß sie sagen, der Bezirks- oder Stadtverordnete müßte frei sein bei seinen Entscheidungen.

In der Parlamentarischen Versammlung und der Länderparlamentarischen Versammlung des Reiches und der Länder behalten die auf Grund des parlamentarischen Systems in die Regierung eingetretenen Abgeordneten ihr Mandat. Bei Abänderungen begeben sich die Minister auf ihren Platz, um ihre Abgeordnetenpflicht zu erfüllen. Wendet sich die Zusammensetzung der Regierung, so treten die Minister in ihre Abgeordnetenpflicht zurück.

In der Gemeinde ist heute die Sachlage insofern eine andere, als das befohlene Magistrats- oder Bezirksmitglied auf 12 Jahre

Jammernstüme liegen in einem vom Hotel vollständig unabhängigen, zirka 10 Meter entfernten Saalgebäude. Obwohl nur wenige Schritte von den Hauptverkehrsstraßen der Stadt gelegen, hat der Naturfreund kaum fünf Minuten zu gehen, um in den Wald und in die schönen Harzberge zu gelangen. Nur einige hundert Meter sind zu gehen, um die Kuppe des Blodsharmsberges zu erreichen, der so aus man eine herrliche Aussicht auf das etwa dreieckige Studien lange Haslerode hat, das im Tale der aus der Steinernen Renne kommenden Holtemme gelegen ist.

Hoffen wir, daß es einer recht großen Zahl von Gewerkschafts- und Parteigenossen in Zukunft möglich sein wird, sich durch ihren Aufenthalt in den Harzbergen mit dem geheimnisvollen Raunen seiner Wälder und dem Rauschen seiner Bergwässer die Kräfte zu erhalten, die zu diesem Kampf notwendig sind. Mancher Sommergast, der über den Harz besuchte, ist später dauernd hier geblieben; wer über den Harz und seine Bewohner kennen und verstehen gelernt hat, der kehrt sich wieder zu ihnen zurück, und mit Recht rufen auch die Wertigeren Genossen damit, daß diejenigen, die erst einmal den ersten Schritt zu ihnen gesetzt haben, auch ihre Sammgäste bleiben werden.

Rugby. Im Theater in der Königgräber Straße spielt man „Rugby“. Rugby ist ein englisches Ballspiel — aber in dieser Halle eine Komödie in vier Akten von Wilhelm Spener. Der hat sich nicht nur den Titel, sondern die ganze Komödie aus England geholt. Nämlich von Bernhard Shaw. Ihm hat er alles abgesehen und nachgemacht. Aber da er selber in seiner Komödie ganz offen darauf hinweist und eine lustige Reverenz vor seinem Meister dabei macht — so kann man's ihm nicht übelnehmen. Uebelnehmen möchte man nur eins: daß er zwar alles von Shaw genommen hat, aber nicht seinen Geist und seine Begabung. Sowas läßt sich leider nicht nehmen und nicht nachmachen. Und so bleibt ein Stück übrig, das nur an der Oberfläche, nicht in der Tiefe Ähnlichkeit mit Shaw'schen Stücken hat.

Der Grundunterschied ist aber: Der Witz der Shaw'schen Stücke beruht auf dem Charakter, dem Wesen der Personen, aus den Situationen, in denen sie sich befinden, und aus dem Auseinandergehen verschiedener Gefühle, Ideen, Willens. Spener läßt seine Leute einen „Witz“ nach dem andern aussagen, ganz unabhängig davon, ob es in den Charakter der Person oder des Willens aus der Situation hineinpaßt. Einer guten Bemerkung zuliebe gefährdet er Willen, Situation, Charakter, Handlung — alles. Und dabei sind die Bemerkungen nur sehr selten gut.

Mikroskop ist die letzte Idee, die dem Stück den Namen gibt. Dem Rugby gibt nämlich der Spieler, wenn er allein nicht mehr weiter kann, den Ball seinem Mitspieler. In dieser Komödie will der Ehemann seine Frau dem Freund verknüpfeln, damit sie nicht in andere Hände fällt. Das ist höchst unnatürlich und gekünstelt, und eine Komödie, die sich auf einem

so konstruierten Chemann aufbaut, ist eben auch höchst unnatürlich und gekünstelt.

Aber da das Milieu reichlich vor Langeweile innerlich faul gewordener Nichtstuer nicht nur (allerdings falsch) gezeichnet, sondern ein bißchen gezeichnet wird, da die Figur eines eifigen Schauspielers mit ein paar echten Tönen ganz hübsch gelungen ist, da ein paar Seitenhiebe auf expressionistische Theatermacher und „moderne“ Literatur wirklich ganz witzig sind, und da im ganzen vorzüglich gespielt wird, so ist man unterhalten. Viel mehr will vermutlich der Autor nicht.

Ohne die Hilfe Steinrucks, Paul Bildts, der Glähner und ein paar anderer nett und hübsch aussehender Schauspieler wäre der Abend allerdings wohl kaum so unterhaltend. (Der Regie nebst den guten Rat: Einer Dame, die zum Gollspiel gehen will, gibt man keinen Hodschnägel in die Hand! Auch wenn das Stück nicht in England, sondern in der Nähe von Berlin spielt.)

Hans Siemjen

Karl Ernst Osthaus, der Schöpfer des Hagener Folkwang-Museums, des Deutschen Museums für Kunst, Handel und Gewerbe, ein leidenschaftlicher, schaffensreicher, anregender und fördernder Kunstmann, ist in Metz an einem Lungenerleiden, nur 47 Jahre alt, gestorben. Wir werden das bedeutende Lebenswerk von Osthaus noch würdigen. Die Leitung des Folkwang-Museums hat schon vor kurzem Kauf Wirth übernommen.

Proletarisches Theater. Ähnlich dem Berliner und Leipziger Proletarischen Theater ist jetzt auch in Arnberg eine „Proletarische Tribüne“ gegründet worden, die in geschlossenen Arbeitervereinigungen soziale Tendenz hat. Sie wird durch eine dreitägige Komödie „Risch“ von Eugen Dittner eingeleitet.

Kino statt Zeitung. Aus Petersburg erfährt die „Reichsbild-Bühne“, daß in verschiedenen Gegenden Rußlands die neuesten Nachrichten infolge des Papiermangels von den Sowjets in den Kinos bekanntgegeben werden.

## Tages-Rosgen

Militärische Verleumdung. Freitag, den 1. und Montag, den 4. April, abends 10 Uhr, im Theatergebäude des Reichsmuseums, Dorotheenstr. 12, Vortrag von Dr. Hoppert über die militärische Verleumdung des Reichsmuseums. Eintritt 1 Mark. Dorotheenstr. 12, Dorotheenstr. 12.

Schule und Erziehung. Vereinigung für Schule und Erziehung, Vortrag. Öffentliche Versammlung des Vereins, Donnerstag, den 1. April, abends 8 Uhr, im Theatergebäude des Reichsmuseums, Dorotheenstr. 12, Vortrag von Dr. Hoppert über die militärische Verleumdung des Reichsmuseums. Eintritt 1 Mark. Dorotheenstr. 12, Dorotheenstr. 12.

Mitteilungen. Bei Kaiser, Aufschreibebücher 23 (erschienen von 10-7 Uhr, Eintritt frei), sind zahlreiche Kisten anderer Büchereien zum Verkauf ausgestellt.

Militärische Mittelungen. Herr Keller hat in seiner Behauptung ein neues Wort gefunden. So heißt die „Reichsbild-Bühne“ und ist ein Arbeiterverein in 4 Akten und einem Prolog mit der Zeit der Arbeiterbewegung in England. Die in der „Reichsbild-Bühne“ erzielte Erziehung der Arbeiter von der Welt her hat bei uns einen großen Erfolg gefunden. Wir machen daher darauf aufmerksam, daß zahlreiche Komödien und Erzählungen des noch zu wenig bekannten sozialistischen Dichters im „Reichsbild-Bühne“ erschienen und durch die „Reichsbild-Bühne“ in die Hände der Arbeiter kommen.

Militärische Mittelungen. Herr Keller hat in seiner Behauptung ein neues Wort gefunden. So heißt die „Reichsbild-Bühne“ und ist ein Arbeiterverein in 4 Akten und einem Prolog mit der Zeit der Arbeiterbewegung in England. Die in der „Reichsbild-Bühne“ erzielte Erziehung der Arbeiter von der Welt her hat bei uns einen großen Erfolg gefunden. Wir machen daher darauf aufmerksam, daß zahlreiche Komödien und Erzählungen des noch zu wenig bekannten sozialistischen Dichters im „Reichsbild-Bühne“ erschienen und durch die „Reichsbild-Bühne“ in die Hände der Arbeiter kommen.



